

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
bei Bestellungen

**Abenteuer in Florenz**  
der neue Roman in  
der Arbeiterstimme  
**beginnt morgen!**

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. (bei Haus 2,50 M., Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 234 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 234 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 14-16 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr  
Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gezeichnete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang Dresden, Donnerstag den 27. Juni 1929 Nummer 147

## Die Wucherzölle endgültig beschlossen

Ernährungsminister Dietrich verspricht im Herbst weitere Zollerhöhungen vorzuschlagen / Das erbärmliche Spiel der sozialdemokratischen Fraktion und ihrer 4 Minister / Arbeiter, fordert und erkämpft zwiischentariifliche Lohnerhöhungen!

Berlin, den 26. Juni. (Fig. Bericht.)

Nachdem Dienstag abend im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages bereits die Erhöhung der Zölle für Butter, Zucker, Kartoffeln, Fleisch und Brot beschlossen wurde, kamen diese Beschlüsse am Mittwoch früh zur endgültigen Erledigung in das Reichstagsplenum. So eilig hat es die Regierung Hermann Müller, die Zollwucherparteien zufrieden zu stellen. Wie vorausgesehen war, stimmte bei der endgültigen Abstimmung die Zollwucherfront von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten für alle Zollwucher-Anträge der Großagrarier und die Vorschläge der Regierung.

So wurde endgültig die Erhöhung des Butterzölles von 27,50 Mark auf 50 Mark angenommen.

Desgleichen die Erhöhung des Zuckerzölles durch einen monatlichen Zuschlag von 15 Pfennig.

Der Zoll auf Brotgetreide wird in Zukunft bei Roggen und Weizen ebenfalls erheblich erhöht. Angenommen wurde ferner der Antrag auf Einstellung der Rindereinfuhr in den Sommermonaten, und der Antrag auf Erhöhung des Kartoffelzölles. Das Charakteristische bei dieser Abstimmung ist, daß Deutschnationale und Nationalsozialisten mit ihrer Zustimmung zu diesen Anträgen ausdrücklich ihr Einverständnis mit der Zollpolitik der Hermann-Müller-Regierung bestätigen. So zeigt sich also eine auswechselbare Koalition. Wenn bei der Beschlussfassung über die Regierungsanträge auf verschärften Zollraus die Sozialdemokraten Opposition mimten, so springen schnell die Deutschnationalen ein, um die Anträge der Regierung zu unterstützen und um keine Regierungskrise heraufzubeschwören. Des öfteren zeigte sich schon in den vergangenen Wochen, daß die Hermann-Müller-Regierung bei allen entscheidenden Gelegenheiten die Unterstützung der Deutschnationalen hat. Wie „ernst“ es die Sozialdemokraten mit ihrer Opposition meinen, zeigt die Tatsache, daß sie den Antrag der Kommunisten, auf Abhebung der Zollwucheranträge von der Tagesordnung nicht einmal unterstützten und bei ihren Reden mit keinem Wort auf die furchtbaren Folgen des neuesten Zollwuchers für die Werktätigen hinwiesen.

Die Sozialdemokraten entlarvten ihre Opposition selbst, indem sie gegen die kommunistischen Anträge auf Zollfreiheit für Zucker, Kartoffeln und Butter stimmten.

Die Großagrarier können jedoch ihren Hals nicht voll genug bekommen. In der gleichen Sitzung, in der sie von der Hermann-Müller-Regierung die unverkäuflichen Zollgeschenke bekommen, überließen sie schon noch mehr. Der Ernährungsminister dieser Regierung, unter Führung der Sozialdemokraten, vertritt die Großagrarier auf den Herbst. Es sei in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen, allen Wünschen der Agrarier nachzukommen. Ausdrücklich versicherte der Minister, daß die jetzige Regierung alles daran setzen werde, den Großagrarier zu helfen, das heißt weitere Wucherzölle zu bewilligen.

### Sitzungsbericht

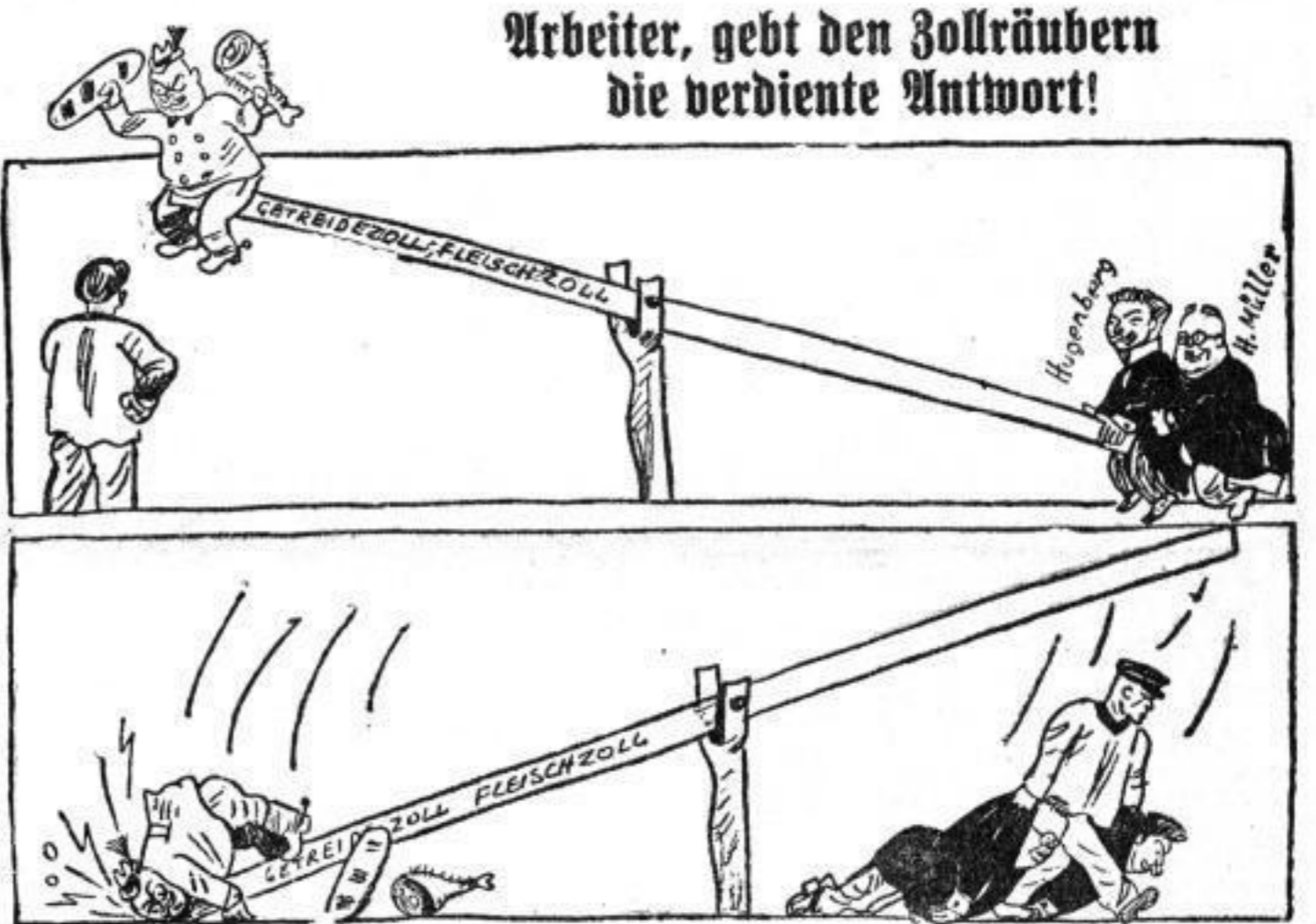
Auf der Tagesordnung der Sitzung vom Mittwoch dem 26. Juni steht die zweite Beratung der Vorlagen über Erhöhung der Zölle für Butter, Kartoffeln, Zucker und Fleisch. Genosse Torgler beantragte Abhebung von der Tagesordnung, da der gedruckte Ausschussbericht den Abgeordneten nicht mehr zugegangen sei. Die Abhebung wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Als erster Debatterederer spricht Genosse Hoerle:

Die Bürgerblockregierung hatte das zollfreie Kontingent für Gefrierfleisch von 120 000 Tonnen im Jahre auf 50 000 Tonnen herabgesetzt. Durch die jetzige Regierung soll auf Umwegen die gesamte Einfuhr von Gefrierfleisch gedrosselt werden. Wir stellen neuerdings einen Rückgang des Fleischkonsums auf den Kopf der Bevölkerung fest. Das ist die Folge der Massenarbeitslosigkeit und des Sinkens der Kaufkraft in den breiten Massen. Die Erhöhung der Viehzölle ist ein ungeheurer promovierender Angriff auf die Arbeiterklasse. Doch wir sind uns klar darüber, daß jetzt erst der Anfang des großen Raubzuges auf die Taten der arbeitenden Massen beginnt. Wir werden erleben, daß in den nächsten Monaten und in den kommenden Jahren unausgesetzt neue Angriffe auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen gemacht werden.

### Zu den Hungerlöhnen kommen die Hungerzölle

Die Sozialdemokraten, die in der Regierung sitzen und die hier die vergewaltigte Jungfrau spielen, tragen die volle Ver-



Arbeiter, gebt den Zollräubern die verdiente Antwort!

antwortung für den Zollwucher. Wenn die Sozialdemokratie wirklich eine Partei der Arbeitermassen wäre, so würde sie jetzt die 9 Millionen Wähler mobilisieren, hineingehen in die Betriebe und die Gewerkschaften, um einen Massensturm zu entfesseln und die Zollräuber an den Pranger zu stellen. Sie würde diese Koalitionsregierung zum Teufel jagen. Aber nichts dergleichen geschieht. Wie die aufgeschreckten Hühner laufen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag herum und wissen sich nicht zu helfen, wie sie zu einem einigermaßen erträglichen Kompromiß kommen können.

### So spielt die Sozialdemokratie eine elende heuchlerische Doppelrolle

Wir werden darum kämpfen, daß diese Regierung des Zollwuchers, des Steuerraubes, der offenen und geheimen Kriegsvorbereitungen so schnell wie möglich verschwindet, damit an ihre Stelle eine proletarische Regierung kommt, die mit eiserner Faust Ordnung schafft. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Lind (Dnat.) wirft der Regierung vor, sie treibe keine Bauernpolitik.

Abg. Hepp (Christl. nat. Bauernpartei): Die Beschlüsse, die heute gefaßt werden, befriedigen die Bauern keinesfalls, und der Haß gegen die bauernfeindliche Regierung wird noch wachsen.

Reichsernährungsminister Dietrich: Einige agrarische Vertreter beschwerten sich, daß bei den letzten Verhandlungen nicht genug herausgekommen sei. Daraus muß ich erwidern, daß das, was erreicht worden ist, überhaupt nicht durchgesehen gewesen wäre, wenn nicht agrarische Vertreter in den Regierungsparteien läßen und dort mit viel größerem Erfolge arbeiteten, als wenn sie in der Opposition wären. Ich kann den Bauernvertretern erklären, daß man noch immer das zunächst mögliche vornehmen und das andere nachholen muß, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

### Verbot der KPD in Königsberg

Der Anfang ist gemacht

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Tige in Königsberg, der vor acht Tagen seine Polizei gegen die demonstrierenden Arbeiter vorsichete und nach Jürgelbeil-Methode brutal auf sie einhauen ließ, hat den „Ruhm“, den ersten Streich zum Verbot der KPD geführt zu haben.

Er ließ an einen Genossen folgenden Brief richten:

An den Vorl. der Schiffs- und Hafenzelle der KPD, Königsberg, Herrn Seemann Willi Rabed.

Nach den polizeilichen Feststellungen, insbesondere anlässlich der Auflösung der Verklammerung der Mitglieder der Hafen- und Schiffszelle der KPD in Königsberg am 16. d. M., lehnen die Mitglieder der durch Erlass des Herrn preussischen Ministers des Innern vom 3. Mai 1929 - II, 1420 v - aufgelösten Roten Marine diese Organisation durch Betätigung in der neugegründeten Hafen- und Schiffszelle der KPD in Königsberg fort.

Die festgestellten Personen haben hiernach wegen polizeiwidriger Fortsetzung, Förderung und Neubelebung der aufgelösten Roten Marine auf Grund des § 19 des Republikstrafgesetzbuches Verurteilung zu gewärtigen, um

ges.: Tige, Polizeipräsident.

Der Sozialdemokrat Tige hat also den Geheimbefehl Seeverings zur schärfsten Verfolgung von KPD-Kameraden und solchen der Roten Marine sehr gut verstanden. Er geht einfach dazu über, alle Kameraden, die sich der kommunistischen Partei anschließen, dadurch „unschädlich“ zu machen, indem er kurzerhand die KPD-Schiffszelle auflöst, das heißt am nächsten Tage kann dieses Verbot auch andere Zellen der KPD treffen. Es ist klar, daß dieses Vorgehen völlig gezwungenermaßen und den schärfsten Widerstand der Partei und der gesamten revolutionären Arbeiterklasse hervorzurufen wird. Jeder KPD-Kamerad wird sich in der kommunistischen Partei organisieren, ohne daß es solche Lakaten der Bourgeoisie, wie der Polizeipräsident Tige, Seevering und andere es verhindern können.

## Oppositionelle Betriebsräte u. Vertrauensleute

Genosse Bruno Siegel, Betriebsrat bei der Reichsbahn, spricht über: „Kampf der Gewerkschaftsopposition gegen reformistische Spaltungspolitik und Ausbaueines revolutionären Vertrauensmännersystems“

Freitag, 28. Juni, 19.30 Uhr  
„Annenstraße“ (Fischhofplatz)  
Betriebsräte- und Vertrauensleute-Vollversammlung

# 10 Jahre nach Versailles

28. Juni 1919. Vorher war der Raub, aus die Regie. Das teuflische Gebrüll der Diktatoren verurteilte, empörtes Aufbegehren der besiegten Imperialisten, Wehrgelichter und Klagen über ihre treuen sozialpatriotischen Diener erklangen in Deutschland. Der Vertrag von Versailles wurde unterzeichnet. „Deutschland vernichtet“, „Sollen wir Sklaven werden“, „Schmach der Kriegsschuldfrage“, „Wer kennt nicht diese und ähnliche Grammophonplatten der „nationalen“ Kriegsideologie, wie sie seit 10 Jahren abgeleitet werden? Auch morgen, am 10. Jahrestage des Versailler Friedens, werden die deutschen Patrioten von Reich bis Hermann Müller den Versuch machen, durch verlogenen Vandalismus die Stimme der Wahrheit über Versailles und den Weltkrieg zu überhöhen. Nicht ohne Grund: Denn die Kriegstreiber von 1914 die Kriegsgewinnler von 1914 bis 1918 die Organisatoren des kommenden Krieges, die Massenmörder von gestern und von morgen, sie alle haben ein bedingtes Interesse daran, die westlichen Völker über den wahren Sinn des Versailler Friedens zu täuschen. Die dem gemeinsamen Zweck dient sowohl die Legende vom pazifistischen Deutschland als auch die deutschnational-faschistische Agitation gegen die Kriegsschuldfrage.

Es gilt, mit der gesamten pazifistisch-imperialistisch-nationalistischen Legende um Versailles aufzuräumen.

Was war Versailles? Die Vermeidung oder vielmehr die Fortsetzung des imperialistischen Weltkrieges durch den imperialistischen Gewaltfrieden. Sein Wesen: Gewalt und Raub, kein Zweck: die Vorbereitung neuer Kriege. Aber den Versailler Frieden als imperialistischen Gewaltfrieden zu betämpfen, hatten und haben nur die Kommunisten das Recht, und dieser Kampf kann einzig und allein als Kampf gegen den Imperialismus selbst geführt werden. Die Empörung der deutschen Sozialpatrioten über den Versailler Gewaltfrieden drückt nur ihre Wut darüber aus, daß das Kriegsschuldverbot ihnen nicht ermöglicht, andere Völker auszuländern und zu entrechten.

Der Versailler Vertrag hat große Gebiete von Deutschland ohne die Bevölkerung in befragen dauernd losgerissen oder auf längere Zeit einem brutalen Besatzungsregime unterworfen. Aber gegen diese gewalttätige Annexion und Besetzung hatten und haben nur die Kommunisten das Recht zu protestieren, die für alle Völker das Selbstbestimmungsrecht verlangen, und nicht die deutschen Militaristen, die das Selbstbestimmungsrecht vor und während des Weltkrieges mit den Füßen getreten haben und der Regierung des Arbeiterstaates in West-Vitost den schändlichsten Gewaltfrieden aufgezwungen haben.

Die „Kriegsschuldfrage“ ist eine Fuge, weil die Entente-Imperialisten dadurch ihre eigenen Kriegsvorbereitungen und ihre Schuld am Weltkrieg verhallen wollten, während in Wirklichkeit die deutschen, englischen, französischen Diplomaten, Generale, Fühlungsindustriellen ohne Ausnahme an der Vorbereitung des Weltkrieges beteiligt waren. Die Schuld der deutschen Kriegstreiber, der Massenmörder und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer wird aber nicht geringer dadurch, daß auch die imperialistischen Räuber der anderen Staaten vor und während des Weltkrieges die gleichen Verbrechen begangen haben.

Und wie steht es mit dem „schändlichen“ Plan der Entente, Deutschland durch den Versailler Vertrag „zu vernichten“? Nicht nur, daß der Versailler Frieden „keine Vernichtung“ Deutschlands zur Folge hatte, sein Sinn und Zweck war auch von Anfang an ein anderer. Wohl endete der mörderische Kampf zwischen den imperialistischen Räubermächten um die Neuauflage der Welt mit der Niederlage des deutschen Imperialismus und zweifellos war das unmittelbare Ziel der Entente in Versailles, Deutschland als Kontrahenten im imperialistischen Kampf um die Weltgeltung für die Zukunft auszuschalten. Aber was die Clemenceau, die Wilson, die Lloyd George von Anfang an nicht vernichten wollten, das war die Herrschaft der deutschen Kapitalisten über das deutsche Proletariat. Zur Zeit des Versailler Friedens ging das Gesicht des Bolschewismus in Europa um. Spartakus war niedergeworfen, aber im Osten hat die Sowjetmacht unerschütterlich und die Rätebestände in Ungarn schlug die tschechoslowakischen und rumänischen Verbände der Entente-Imperialisten. In dieser Situation formierte sich das Bündnis der Siegreichen und der besiegten imperialistischen Räuber gegen den gemeinsamen Feind, gegen die proletarische Revolution in Deutschland, gegen den ersten Arbeiterstaat im Osten. Die Vorbereitungen zum Versailler Frieden betrafen nicht nur im diplomatischen Notenwechsel zwischen den Alliierten und Deutschland, sie bestanden in allererster Linie in der Niedererschlagung der proletarischen Revolution in Deutschland, sie bestanden im gemeinsamen Interventionskampf gegen den Sowjetstaat, den Ebert und Scheidemann durch die Entsendung von weisgardischen Truppen unterstützten. Die Furcht vor dem Bolschewismus war es, die England bewegen hat, Frankreichs Forderungen auf die Annexion des Rheinlandes energisch zu betämpfen. Die Gegenläufe zwischen den Ententekapitalisten und der besiegten deutschen Bourgeoisie wurden letzten Endes schon in Versailles dem weltgeschichtlichen Gegensatz zwischen Kontinentalrevolution und Revolution, zwischen Kapital und Arbeit untergeordnet.

Indem aber Versailles der deutschen Bourgeoisie die Wiederwertung der proletarischen Revolution ermöglichte, trieb die Diktatur der Entente die Folgen der proletarischen Niederlage über das in Versailles von den Siegermächten vorgezeichnete Maß weiter. Der deutsche Imperialismus, der in Versailles scheinbar für viele Jahrzehnte, wenn nicht endgültig, kampfunfähig gemacht wurde, steht neu erfrischt und gefestigt da. Die Niedererschlagung der Revolution ermöglichte die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus und diese den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus. Heute ist Deutschland wieder ein wirtschaftlicher und politischer Machtfaktor inmitten des imperialistischen Konkurrenzkampfes, das alle Anstrengungen macht, auch ein militärischer Machtfaktor zu werden, der in kommenden Kriegen den anderen imperialistischen Staaten nicht nachstehen soll. Vor allem aber ist der deutsche Imperialismus ein entscheidender Faktor bei den Kriegsvorbereitungen des Weltkapitalismus

gegen die Sowjetunion geworden. Man spricht heute viel im bürgerlich-sozialdemokratischen Lager von der Liquidierung des Versailler Friedens. Viele Liquidierung des Versailler Friedens ist aber nichts anderes als der Deckname für die Organisation des Krieges. Und die deutschen Kriegstreiber wissen sehr gut, daß die Verletzung von den militärischen Kreisen, die der Versailler Vertrag Deutschland auferlegt, nur unter der Bedingung der aktiven Beteiligung Deutschlands am Kriege einen die Sowjetunion erfolgen kann. Von Versailles führt der Weg nach London und Paris; von der Entente-Imperialisten Deutschlands zur Aufrüstung gegen den Arbeiterstaat.

Vor 10 Jahren unterzeichnete Hermann Müller als Außenminister der Weimarer Koalitionsregierung den Versailler Vertrag. Schon damals war er derselbe Patriot wie heute. In seinen vor einigen Wochen erschienenen Erinnerungen berichtet Müller der Deutsche, daß er das Ansehen, den Friedenvertrag mit einer stählernen Fäustel zu unterzeichnen, unübelgemut hat und selbstmitleidig entschlossen war, den Vertrag unter allen Umständen nur mit seinem deutschen Reichserbfolger zu unterzeichnen. Heute ist Hermann Müller Reichserbfolger und wird am 10. Jahrestage des Versailler Friedens in dieselbe patriotische Horn blasen. Aber 10 Jahre Weltimperialismus haben auch die Rolle der Sozialimperialisten nicht unverändert gelassen. Waren sie damals Helfer und Verbündeten der Kriegstreiber, so sind sie heute aktive Organisatoren des kommenden Krieges gegen die Sowjetunion geworden. Sie führen ihre Aufgabe unter den veränderten Formen und Bedingungen des Klassenkampfes durch. Sie gehen mit sozialdemokratischen Methoden gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vor, sie bereiten im Dienste der Bourgeoisie die sozialfaschistische Miltatur vor, sie stehen an der Spitze der Heer- und Kriegspatrouillen gegen die Sowjetunion. Die Kriegs- und Miltaturvorbereitungen der Müller, Wels und Tening im Jahre 1929 sind die Fortsetzung und die Vollendung der Tätigkeit der Müller, Scheidemann, Ebert und Koosie im Jahre 1919.

Jetzt Jahre nach dem imperialistischen Gewaltfrieden bereiten sich die Kriegstreiber, die Diplomaten und die Bankiers, die Generale und die Sozialimperialisten auf den ganzen Welt auf neue Kriege vor. Die Geschichte hat die Mahnung, die die

## Jubel Demagogie — jubel Dummheit Schnujcht nach der Koalition

Die SPD-Presse brachte gestern, wie wir voraussagten, ihren üblichen Hechtartikel gegen die KPD. Man muß sich über diesen Artikel anheben, und jeder nur einigermaßen selbständig denkende Arbeiter findet die Verlogenheitsmasche und die Verlogenheit, die aus diesem Artikel spricht. Ein Satz des Artikels widerspricht dem andern. Man merkt die unangenehme Lage, in der sich die SPD befindet, heraus. Die Taktik der SPD hat den Weg, den die sozialdemokratischen Führer zum Marsch in die Koalition vorherbestimmt hatten, verbannt. Nun sitzen die betrübten Vohgerber in der Partei, und selbst die Schreiberkellen der Volkszeitung müssen nicht, wie sie den Schaden reparieren und den Arbeitern die Situation begrifflich machen sollten. So reihen sie denn ein Durcheinander von widersprechenden Sätzen aneinander: „Es ist nun die Frage, ob die 12 weißen Zettel der Kommunisten als abgegebene Stimmen im Sinne der Verfassung anzuhellen sind...“ Derjenige, der sich für die Gültigkeit der Wahl ausgesprochen, können sich allenfalls auf die Geschäftsordnung beziehen, ... aber durch eine Geschäftsordnungsbestimmung kann eine klare Verfassungsbestimmung nicht aus der Welt gelöscht werden.“ Die Volkszeitung stellt sich aber auf den Standpunkt, daß die Wahl Wünger nur durch einen Bruch der Verfassung zustande kam. Herr Neuf, der „Sieger“ bei der letzten Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof, schreibt einen ganzen Artikel zu diesem Zweck, mit der Überschrift „Das Gesicht des Staatsgerichtshofs“. Hier weist er nach, daß die weißen Stimmzettel der Kommunisten gültig sind. Er schreibt:

„Selbstverständlich sind die weißen Zettel als abgegebene Stimmen zu zählen. Das folgt aus dem klaren Wortlaut der Verfassung, was wichtiger ist, aus dem demokratischen Prinzip, das die Verfassung trägt.“

Neuf findet dann noch an, daß der Staatsgerichtshof entscheiden soll. Wenn aber nach Auffassung der Sozialdemokraten unsere Stimmen Gültigkeit haben, wie können wir Helfer des Bürgerblades sein? Die Demagogie ist ein wenig zu stark aufgetragen.

Dann aber hat Herr Wedel den Sozialdemokraten diese schöne Plattform zur Demagogie selbst zu sehr verkauft. Die Volkszeitung schreibt zwar getreulich: „Die Anhänger des Herrn Wünger müssen sich... bei den sächsischen Kommunisten bedanken“, gleich danach aber schreibt sie: „Gegen die Gültigkeit der Wahl stimmten mit den sozialdemokratischen und den kommunistischen Abgeordneten auch der... Ministerpräsident Selb und... Justizminister A. Nemetz...“ Aber das juristische Gewissen des Herrn Neuf ist anders, ... so fand sich mit Buks gültigem Bestand eine Mehrheit, die die Wahl des Herrn Wünger... für gültig erklärte.“

Also nicht die Kommunisten, sondern Buks stimmte für Wünger.

Wenn die Sozialdemokraten Demagogie gegen die Kommunisten machen wollten, dann müßte Wedel die Sache anders einleiten, dann dürfte er nicht erst eine politische Abstimmung herbeiführen, in der die Kommunisten ganz klar ihre Feindschaft zu den bürgerlichen Parteien zum Ausdruck bringen konnten.

Wir können die Zerfahrenheit der SPD sehr gut verstehen, alle ihre strategischen Manöver sind zerfahren. Sie müssen ihre Schnujcht nach der Koalition jetzt anders befridigen.

Kommunistische Internationale kurz vor dem Versailler Vertrag an die Weltöffentlichkeit richtete, verlor die Welt den Frieden geben. Der dauernde Friede wird auf den Trümmern der bürgerlichen Ordnung aufgebaut. Die Arbeiterklasse muß bewußt daß die Lehren des hundertjährigen Völkergemeins und 10-jährigen Kontinentalrevolution für sie nicht verloren sind. Sie vergleicht das Schicksal der Kriegstreiber und die Gewinner im kapitalistischen Deutschland mit dem bürgerlichen England. Sie vergleicht auch das Schicksal der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Republik und in der proletarischen Sowjetrepublik. In Deutschland herrschen die Sozialdemokraten, die im Weltkrieg im proletarischen Anstand wurden sie verurteilt und vernichtet. In Deutschland werden die Reparationen aus Blut und Schweiß der arbeitenden Massen herausgepreßt, der Arbeiterstaat hat keine politische und finanzielle Unabhängigkeit, der Kapitalismus ertrinkt. Während die Schutz- und Arbeiterorganisationen des deutschen Proletariats, der KPD, vor den Sozialfaschisten verboten wird, lassen sie am 28. Juni den Weltfrieden unter dem Schutz der Jorgel-Polizei in Berlin aufmarschieren. Sie schämen die Demonstrationen der Arbeiter, die zum Krieg gegen die Sowjetunion gehen. Sie verbieten die Demonstrationen des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg.

Die kommunistische Internationale und die KPD, die vor zehn Jahren den Kampf gegen das Versailler imperialistische Diktat geführt haben, rufen die arbeitenden Massen heute zum Kampf gegen die Folgen und die Fortsetzung des Versailler Vertrags, gegen den drohenden neuen Krieg auf. Die westlichen Massen Deutschlands beteiligen sich nicht an den heuchlerischen „nationalen“ Verantwortungen, nicht am Protestrummel gegen Versailles, am Schwarzrotgoldenen Kummel am 11. August, sondern marschieren am 1. August in der Anti-Kriegs-Demonstration auf, um ihre Bereitschaft zur revolutionären Verteidigung der Sowjetunion, zur revolutionären Befreiung des imperialistischen Krieges zu bekunden.

Auch in Dresden veranstalteten morgen die vaterländischen Verbände einen nationalistischen Kummel. Man hat sich richtiggehend über abgetafelte Bringen als Zugutletzt verhalten. Auch die Dresdner Arbeiter werden sich nicht an dem Kummel beteiligen, protestiert gegen die Kriegshetze mittels der Säumnigen auf.

Rüflet zum Kampftag gegen den Krieg zum 1. August.

Diese Schnujcht nach der Koalition, die Absicht, in die Regierung hereinzukommen, nach außen aber radikale Töne zu schlagen, hat die Lage der SPD herbeigeführt, sie stehen jetzt erfrüht vor der Frage, in Solo zu stehen, oder nach außen vor der Arbeiterbewegung offener ihre eigenen Pläne zu enthüllen. Die SPD-Führerschaft wird ihre Bestrebungen nach der Großen Koalition fortsetzen, sie lassen dabei ihre Maske immer mehr fallen.

Der „linke“ Wipinik spricht in einem Vorwärtsartikel am Mittwoch schon offen aus, was die SPD in Sachsen will. Er schreibt dort u. a.:

„Nach der Landtagswahl 1928 stellte die sächsische Sozialdemokratie zwar ein Regierungsprogramm auf, lehnte aber ab, ihr Programm anderen Parteien mitzuteilen und mit ihnen zu verhandeln. Dieser Zustand der Isolierung wurde einem Teil der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten unerträglich (!). Die Anrufung des Staatsgerichtshofes zur Auflösung des Landtages war nur das Mittel, aus dieser Situation herauszukommen. Das Ergebnis der Wahl entsprach nicht den erhofften Erwartungen. Das letzte die Stimmung, aus der Opposition herauszukommen. Der einzige Weg dazu ist nach Lage der Sache nur die Große Koalition (!). Deshalb ging das Bemühen einer Reihe von Genossen dahin, die Partei über das Verhalten von 1928 hinaus zu bringen. Es wurde auch ein gegenüber 1928 abgeändertes schwaches Programm ausgearbeitet.“ (!) —

Wipinik bedauert dann, daß es trotzdem nicht zur Großen Koalition kam und schreibt am Schluß:

„Die Gemeckel haben auf ihrer Dresdener Konferenz darauf hingewiesen, daß in Sachsen die Sozialdemokratie wieder den Einfluß auf die Regierung erhalten muß, um die vorhandenen sozialen Einrichtungen zu erhalten. Zur Zeit sind die Voraussetzungen noch nicht gegeben. Die Zeit muß helfen, den Wandel vorzubereiten.“ (!)

Die Zeit sollte helfen. Deswegen wollten die Sozialdemokraten Verlagerung der Wahl bis zum Herbst. Die SPD-Führer wollten bis dahin die Funktionen ihrer Partei und die sozialdemokratischen Arbeiter von der Notwendigkeit der Koalition überzeugen. Nach der Gruppe Hofmann hat jetzt der erweiterte KPD-Vorstand Jitzau einen Beschluß gefaßt, daß die Landtagsfraktion mit den Demokraten und der Volkspartei verhandeln soll.

Die Große Koalition in Sachsen wird kommen.

Aufgabe unserer Genossen ist es, den Arbeitern dies aufzuzeigen, zu zeigen, daß die SPD-Führer diese Koalition wollen. Daß sie, um dies Ziel zu erreichen, ihre Manöver führen und ihre Bege gegen die KPD entfalten.

Sollen diese Sozialdemokraten in der Regierung, dann werden sie die brutalsten Vertreter des Sozialfaschismus sein. Die Arbeiter aber müssen jetzt schon die Rolle der „Linken“ und ihre Handlungen durchschauen.

## Brandierpleite in Weimar

Eine Bezirksmitgliederversammlung der Renegaten fand am Sonntag in Weimar statt. Es sollte eigentlich eine Bezirks Delegiertenkonferenz sein, da aber dann höchstens 15-20 Mann zusammengekommen wären, so schleppte man so viel Mitglieder, wie nur möglich, nach Weimar. So waren aus Gotha 14, Erfurt 12, Jena 14, Gera 10 und einigen anderen Orten auch etliche Renegaten erschienen. Alles zusammen waren es einschließlich der Weimarer keine hundert Leute, die im kleinen Volkshausaal darüber „berieten“, was man nun machen sollte, da es doch klar war, daß man die KPD nicht „erobert“ könne.

Heinrich Brandier hielt ein furthbares Strafrecht über die Parteieroberer. „Was sind das für Sachen, wenn wir der KPD vorwerfen, sie holtete sich von den Massen und Tenner erhält in seiner Hochburg Gotha in einer Freidenerversammlung von 700 Anwesenden ganze 8 Stimmen?“ Heinrich teilte mit, wenn das nicht anders wird, dann werden unsere Geldgeber bald die Zahlungen einstellen, denn wer soll denn sein Geld in ein solches Pleiteunternehmen stecken?

Mit Grausen mußte er feststellen, daß die Arbeitermassen für seine „Taktik“ kein Verständnis haben und auch viele seiner Anhänger wieder zur Partei zurückgekehrt sind.

Als die Diskussion in der Partei begann, sagte Brandier, in einem halben Jahre habe die Opposition die Partei „erobert“, jetzt ist dreieinhalb Jahre vergangen und die Opposition leidet an chronischer Schwundlust.

In der KPD-Frage müßte man in der Konferenz die Linie revidieren. Man will auch da „erobert“. Die KPD-Kameraden werden solchen Subjekten schon die richtige Antwort geben. Alles in allem herrschte in der Bezirksmitgliederversammlung eine miese Stimmung. Alle Hoffnungen sind zertrümmert. Die SPD wartet schon auf den Zwachs, den sie von den Renegaten bekommen wird. Die Arbeiterbewegung aber hält der KPD nach wie vor die Treue und wird mit der KPD den Kampf gegen die Verdränger führen.

## Arbeiter beantworteten Lohnabbau mit Streik

Suhl, 27. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)  
Am Mittwoch früh kündigte die Betriebsleitung der Waffenfabrik Simion in Heining bei Suhl dem Betriebsrat an, daß der Spitzenlohn ab 11. Juli von 73 Pfennig auf 69 Pfennig herabgesetzt werde. Der Betriebsrat berief sofort eine Betriebsversammlung ein, die von fast allen Arbeitern des Betriebes besucht war. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Beschluß gefaßt, sofort in den Streik zu treten. Nach der allgemeinen Betriebsversammlung fand eine Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Kollegen statt, die ebenfalls mit 513 gegen nur 5 Stimmen den Streik beschloß. Mittags 2 Uhr rückte die gesamte Belegschaft aus dem Werk ab, nur einige Schwertriebsbedingte blieben im Betrieb zurück. Gleichzeitig wird bekannt, daß auch die Heizungsmonitore von ganz Suhl und Jena-Melis am Mittwoch vormittag geschlossen in den Streik getreten sind. Der Streik bei Simion ist deshalb bedeutungsvoll, weil Simion die größte Waffenfabrik des Thüringer Waldes ist. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen dort sind fast die schlechtesten im ganzen Reich, was ja auch der „Spitzenlohn von 73 Pfennig beweist.

## Erwerbslose fordern Marsch nach Berlin

In einer Erwerbslosenversammlung, die kürzlich in Gotha im Volkshaus stattfand, machte ein erwerbsloser Genosse den Vorschlag, über die örtlichen Demonstrationen der Erwerbslosen hinauszugehen und einen allgemeinen Marsch aller Erwerbslosen aus dem ganzen Reich nach Berlin zu organisieren, ähnlich wie vor Monaten die englischen Arbeiter einen Marsch nach London machten.

Diese Demonstration wäre eine gewaltige Aufrüttelung der gesamten Arbeiterbewegung und gäbe die Möglichkeit, der sozialdemokratischen Koalitionsregierung in Berlin das Glend der Erwerbslosen in die Ohren zu schreien.

## Ein unerhörtes Klassenurteil

Am Montag dem 24. Juni wurden die Genossen Kehler und Altendörfer vom Schöffengericht in Chemnitz wegen Vorgängen anlässlich einer Protestdemonstration der Chemnitzer Arbeiterbewegung am 2. Mai wegen „Aufruhr“ zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde u. a. gesagt: „Der bekannte Hecht“ hätte gegen die Polizei gehetzt. Das Urteil wurde gefällt, trotzdem das Gericht einen Nachweis, daß der Genosse Kehler irgend jemand geschlagen habe, nicht erbringen konnte.

# Die Bedeutung der Reparationsbank

## Ein wichtiger Faktor zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion

In dem System des Youngplanes, der jüngsten „friedensbringenden“ Aktion des internationalen Finanzkapitals, bildet zweifellos die Reparationsbank — oder wie sie offiziell heißt „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“ — das Hauptglied. Zunächst rein organisatorisch: die neue Bank soll zum Vermittler der deutschen Reparationszahlungen werden, sie soll für die (speziell von Frankreich als ein Hauptzweck der ganzen Regelung angestrebte) „Kommerzialisierung“ eines Teiles der Reparationsschuld sorgen, d. h. internationale Anleihen ausgeben, die durch einen dafür besonders reservierten Teil der deutschen Zahlungen (jährlich 600 Mill. RM) verzinst und getilgt werden, sie soll endlich auch den Zinsendienst der Dawesanleihe übernehmen. Die Bank teilt also als Übertragungsorgan der Reparationszahlungen an die Stelle des im Dawesplan vorgesehenen Reparationsagenten — zugleich übernimmt sie auch die Sorge für die Übertragung der deutschen Zahlungen ins Ausland, bewilligt Deutschland Zahlungsausgleich, wenn es diesen Aufschub unter den im Vertrag vorgesehenen Bedingungen verlangt, legt deutsche Zahlungen, die im Interesse der Währungsstabilität nicht sogleich ins Ausland übertragen werden können, in Deutschland an — ja, sie hat sogar das Recht, auf deutschen Verlangen eine Übertragung des ganzen Youngplanes auf seine Durchführbarkeit einzusetzen. Man sieht: über die Rolle des Zahlungsausgleichs hinaus hat die Bank die wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben, die im Dawesplan dem Reparationsagenten zugeteilt waren, zu erfüllen — und gerade dies wird in Deutschland als großer „moralischer Erfolg“ aufgemacht: sei doch nun an die Stelle der „entwürdigenden“ Kontrolle durch Vertreter der früheren Kriegsgegner die „rein sachliche“ Zusammenarbeit mit einem großen Finanzinstitut getreten, an dessen Kapital und Leitung Deutschland mitbeteiligt sein wird. Tatsächlich hat sich an der Kontrolle nichts geändert: die neue Bank wird (trotz formal paritätischer Leitung durch die beteiligten Notenbanken) entscheidend vom amerikanischen Finanzkapital beherrscht sein, dessen Interessenvertreter schließlich auch Parter Gilbert war — und wenn Deutschland von „feindlicher Kontrolle“ befreit ist, wenn die Pfänder zurückgegeben werden, die Reichsbahn eine rein deutsche Gesellschaft wird, so wird, wie wir sehen werden, die wirkliche Kontrollmacht nicht geringer sein als die des Reparationsagenten jemals war.

Denn die organisatorische Regelung der deutschen Reparationszahlungen ist nur eine der Funktionen der Reparationsbank. Die neue Bank wird nach dem Youngplan auch berechtigt sein, Funktionen auszuüben, die unmittelbar mit den Reparationszahlungen nichts zu tun haben: sie kann (vor allem durch Wechselkurskontrollierung) den Notenbanken der verschiedenen beteiligten Länder Kredite gewähren und umgekehrt von ihnen Einlagen annehmen und verwalten, sie kann Gelder, die bei ihr durch solche Einlagen oder zum Zwecke der Reparationszahlung angeammelt werden, in den verschiedenen Ländern (z. B. durch Aktienkäufe) anlegen. Wenn sie dabei an die Zustimmung der Notenbank des betreffenden Landes gebunden ist, so ist dies eine reine Formalie: die Reparationsbank wird über eine detarierte Kapitalkraft verfügen, wird eine derart beherrschende Rolle auf dem internationalen Kapitalmarkt spielen, daß keine Regierung es auf einen Konflikt mit ihr ankommen lassen wird. Denn der neuen Bank stehen (außer ihrem Eigenkapital von 100 Mill. Dollar) voraussichtlich Einlagen der Reparationsgläubiger in der Höhe von 600 Mill. und Deutschlands von 400 Mill. RM von Anfang an zur Verfügung: sie wird gleich bei ihrer Gründung über eine außerordentlich große Kapitalkraft verfügen, durch ihre Hände werden die allmählich von 1700 auf 2400 Millionen steigenden deutschen Jahreszahlungen gehen, von denen sich immer ein Teil vorübergehend bei der Bank anhäufen wird (und es liegt praktisch in der Hand der Bank, durch Regulierung des Transfers die Anhäufung dieser Gelder so lange fortbauern zu lassen, als sie es für ihre Zwecke braucht). Gleich am Beginn der Banktätigkeit steht ein solches Kreditsgeschäft, wie die Mobilisierung deutscher Reparationsschulden durch Ausgabe einer Anleihe von rund 10 Milliarden Mark — die sich dabei ergebenden gewaltigen Emissionsgewinne werden die Finanzkraft der Bank weiter verstärken. An ihren Gewinnen sind sämtliche beteiligten Finanzgruppen interessiert — das deutsche Finanzkapital noch ganz besonders, da von den Bankgewinnen ein bestimmter Teil zur Voraussetzung der letzten Jahreszahlungen des Youngplanes bestimmt ist und nur bei sehr guter Geschäftsentwicklung der Bank Deutschland vom Jahre 1927 ab seine Zahlungspflichtigkeiten los wird. Die Reparationsbank wird also für die Ausdehnung ihrer Geschäfte die besten Bedingungen finden — ganz abgesehen davon, daß das sie beherrschende amerikanische Finanzkapital im Falle eines wirklichen Konfliktes sogleich hinter ihr stehen würde. Sie wird in sehr hohem Maße die Funktion einer „Bank der Banken“, einer Regulatorin der Beziehungen zwischen den großen Finanzkapitalistischen Gruppen übernehmen können — ihre Gründung bedeutet zweifellos eine wesentliche Verstärkung der internationalen Hegemonie des amerikanischen Finanzkapitals.

In ganz besonderem Maße aber wird der deutsche Imperialismus von der in der neuen Bank verkörperten Macht des amerikanischen Finanzkapitals abhängig sein — und hierin liegt jene praktische Fortdauer der angeblich aufgehobenen Daweskontrolle, von der wir vorher sprachen. Bisher wurden die deutschen Reparationszahlungen zur Gänze nicht aus Kapitalüberschüssen der deutschen Wirtschaft (Deutschland beanspruchte ja eine ständige starke Kapitalzufuhr), sondern aus geborgten Geldern, aus Überschüssen der Kapitaleinfuhr über den unmittelbaren Kapitalbedarf, gedeckt. Trotz der Ermächtigung der Reparationszahlungen durch den Youngplan um vorläufig ein Drittel wird auch die zunächst verminderte Zahlung mit geborgten Mitteln erfolgen müssen — die Reparationsbank wird nun aber auf die Vermittlung von Auslandskrediten insbesondere nach Deutschland einen entscheidenden Einfluß haben. Dazu kommt die Tatsache, daß die Bank

jederzeit in der Lage sein wird, durch Regulierung der Übertragung der deutschen Zahlungen in ausländische Währung Schwankungen des Marktes herbeizuführen, daß Deutschland nach dem Aufbau des Youngplanes bei der Erlangung vorübergehender Zahlungsausschübe wie schon gar bei einem etwaigen Verluste zur späteren Revision des Planes auf ihr Entgegenkommen angewiesen sein wird. Stellt man sich dies alles klar vor Augen, so ist es offensichtlich, daß die hinter verschlossenen Türen erteilten „freundschaftlichen Ratsschlüsse“ der Reparationsbank für Deutschland eine nicht weniger wirksame Kontrolle darstellen werden, als die Parter Gilberts und seiner verschiedenen Kommissionen es war.

Die Rolle der neuen Bank — und die Abhängigkeit Deutschlands von ihr — steigt nun aber weiter in dem Maße, als der — auf die Dauer natürlich unhaltbare Zustand der Abtragung der Reparationszahlungen mit geborgten Geldern liquidiert werden soll. Eine Reparationszahlung aus eigenen deutschen Mitteln ist nur denkbar bei entsprechender Steigerung des deutschen Warenexports und damit einer Verbesserung der deutschen Zahlungsbilanz. Steigerung des deutschen Warenexports setzt aber Finanzierung dieses Exportes voraus: nicht nur in dem Sinne, daß die deutsche Industrie zur Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit reifer Kapitalien bedarf, sondern vor allem in dem, daß die Konkurrenz auf dem Weltmarkt heute nur dem möglich ist, der dem Kunden günstige Zahlungsbedingungen, also Kredit anbieten kann und daß Deutschland heute nicht imstande ist, die zu einer großen Erweiterung seiner Ausfuhr nötigen Kredite aus eigenen Mitteln zu gewähren. Um Kredite zu gewähren und die Ausfuhr steigern zu können, braucht der deutsche Imperialismus selbst wieder Kredite — und wird in diesem Maße um so stärker auf die in der Reparationsbank verortete Macht des amerikanischen Finanzkapitals, des einzigen, das, wenn überhaupt, solche Riesenkredite gewähren kann, angewiesen sein.

An diesem Punkte beginnt aber schon die entscheidende politische Frage, wird die Tätigkeit der Reparationsbank zum Felde der Austragung aller imperialistischen Gegensätze, der Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege. Von der Finanzierung des deutschen Exports durch die Reparationsbank ist die Möglichkeit der Erweiterung dieses Exports und der Zahlung der Reparationsbank abhängig — aber wohin soll der deutsche Export gelenkt werden? Je mehr sich die Widersprüche des Kapitalismus zuspitzen, je enger die Märkte im Verhältnis zum Ausdehnungsbedürfnis der Produktion, desto unmöglicher wird es, deutsche Waren in erhöhtem Maße an irgendeinem Punkte der kapitalistischen Welt abzusetzen, ohne damit die Absatz- und damit die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der übrigen Imperialisten einzuschränken. Dies gilt nicht nur von einer Förderung des Absatzes der deutschen Industrie in den Konkurrenzländern selbst — es gilt auch von den bisher „erschlossenen“ Kolonial- und Halbkolonialländern: jede Steigerung der deutschen Ausfuhr in diese Gebiete bedeutet verminderte Exportmöglichkeiten für die übrigen imperialistischen Mächte, die ihrerseits an der Leitung der Reparationsbank mitbeteiligt sind und diesen Einfluß natürlich ausnützen werden, um eine Förderung der deutschen Konkurrenz gegen sie selbst zu verhindern.

Andererseits sind sie — schon als Reparationsgläubiger, die regelmäßige Zahlungen erwarten — an einer bestimmten Entwicklung des deutschen Exportes interessiert: das amerikanische Finanzkapital hat an der Entwicklung seines deutschen Schuldners naturgemäß ein großes Interesse: so bleibt nur ein Ausweg: die Unterfütterung einer wirtschaftlichen Ausdehnung insbesondere Deutschlands (aber natürlich auch aller anderen Partner) in einer Richtung, „wo Neuland erschlossen wird“, (der Bericht sagt: „Finanzierung von Unternehmungen insbesondere in den unentwickelten Ländern“), wo man sich also nicht gegenseitig Einflusssphären wegnimmt. Ein solches Neuland gibt es, dessen „Erschließung“ für das Finanzkapital schon einige Anstrengungen lohnt: jenes Schloß der Erde, das heute der imperialistischen Ausbeutung entzogen ist.

So wird sich die ganze Tätigkeit der Reparationsbank zwangsläufig in der Richtung einer Orientierung der deutschen Wirtschaftsexpansion gegen die Sowjetunion auswirken: und da diese Expansion auf Widerstände stoßen muß, die durch das sozialistische Planwirtschaftssystem, insbesondere durch das Nahrungsmittelmonopol der Sowjetunion, bedingt sind, so wird sich die Aktivität des in der Bank zusammengeführten internationalen Finanzkapitals in einem Vorwärtstreiben Deutschlands zum Angriff gegen diese Hindernisse und in einer kollektiven Unterfütterung dieses Angriffes auswirken. Jede Verstärkung der internationalen Kräfte des Kapitalismus wird sich in dem Mechanismus der Banktätigkeit sofort auswirken: wachsende Spannung zwischen Produktion und Absatz bedeutet Erschwerung des Transfers der deutschen Reparationszahlungen, „Ansammlung riesiger Mittel bei der Bank, für die irgendwo Anlagegebiete gesucht werden müssen, wobei jeder Teilhaber der Bank bestrebt sein wird, eine Konkurrenz dieser neuen Kapitalien auf seinem eigenen (schon überfüllten) Markt fernzuhalten, bedeutet also Zwang zum kollektiven Vorgehen zwecks Eroberung neuer Anlagegebiete für diese Kapitalien unter profitablen Bedingungen — und das heißt praktisch,

gemeinsames Vorgehen gegen die Sowjetunion zwecks ihrer „Erschließung“ für das internationale Finanzkapital.

Vielleicht wird die neue Bank teilweise in „freundschaftlicher“ Form das Gebiet abtasten, wird versuchen, auf diplomatischem Wege die Möglichkeit freier Betätigung in der Sowjetunion zu erlangen. Aber dabei wird sie immer wieder auf die Schranken der Sowjetwirtschaft stoßen, die die Tätigkeit des Auslandskapitals nur in dem Rahmen zulassen kann, als es für ihre eigene Entwicklung, d. h. für die Entwicklung ihrer Unabhängigkeit, zur „Erschließung“ des neuen Marktes, betrachtet. Alle Verhandlungsepisoden werden nur überleiten zum offenen Konflikt mit dem proletarischen Staat, der die Grundlagen der Entwicklung des Sozialismus nicht preisgeben kann und der nun durch die vereinigte Macht des internationalen Finanzkapitals „gebändigt“ werden soll. Und so bildet die Schaffung der Reparationsbank auch ein wichtiges Glied in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

## Kommunistische Anträge im Landtag

### Antrag

Eingegangen am 25. Juni 1929.

Der in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannte russische Weigenkünstler Soermus ist angeblich wegen Gefährdung der Republik aus dem Freistaat Sachsen ausgewiesen worden.

Breite Schichten der Bevölkerung protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Maßnahme.

Die kommunistische Landtagsfraktion beantragt deshalb, der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen, die Ausweisung des russischen Weigenkünstlers Soermus sofort rückgängig zu machen.

Dresden, am 25. Juni 1929.

### Renner

u. die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

### Antrag

Eingegangen am 25. Juni 1929.

Preßemeldungen zufolge planen die Regierungsparteien des Reichstages und die Reichsregierung unerhörte Zollerhöhungen auf die notwendigen Lebensmittel. Die dadurch entstehenden Preissteigerungen bedeuten vor allem eine Belastung der arbeitenden Massen.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, daß jede Zollerhöhung unterbleibt, ein Abbau der drückendsten Zölle erfolgt.

Dresden, am 25. Juni 1929.

### Renner

u. die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

### Antrag

Eingegangen am 25. Juni 1929.

Die allgemeine wirtschaftliche Krise tritt in Sachsen im besonderen Maß in Erscheinung. Hierbei werden die Heimarbeiter sowie das Lohngewerbe am stärksten in Mitleidenschaft gezogen.

Trotz der vorherrschenden schlechten wirtschaftlichen Lage in der Heimindustrie sowie im Lohngewerbe sind bisher noch keinerlei Gegenmaßnahmen ergriffen worden.

Der Landtag wolle deshalb beschließen: die Regierung zu beauftragen,

1. daß bei der Durchführung des § 20 des Hausarbeitergesetzes den Heimarbeiterfamilien als Sicherstellung ihres Existenzminimums die Tariflöhne der zu vergleichenden Industrie gezahlt werden;
2. daß die Unternehmer den Zwischenmeistern ein Mindestentgelt zahlen in der Höhe des Wertmeisterlohnes der zu vergleichenden Industrie, damit andererseits die Zwischenmeister auch die Heimarbeitermindestentgelte einhalten;
3. daß alle Lohngewerbetreibenden nach § 18 des Hausarbeitergesetzes den Hausarbeitern gleichgestellt sind;
4. daß zur Unterstützung des daniederliegenden Spannfortgewerbes 200 000 RM zur Verfügung zu stellen sind.

Dresden, am 25. Juni 1929.

### Renner

u. die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

## Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich nahezu einem Stillstand genähert. In dem Zeitraum vom 31. 5. bis 15. 6. betrug der Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung nur 5 v. H., und in der Reihenunterstützung erfolgte wieder eine Zunahme. Mit 97 918 Hauptunterstützten in der Arbeitslosenversicherung am 15. 6. 1929 ist der am gleichen Stichtage des Vorjahres gezählte Stand von 88 278 Hauptunterstützungsempfängern noch um 68 v. H. übertroffen, und bei der anhaltend jägernden Nachfrage des Baugewerbes ist mit einer starken Verringerung der Spanne in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Besonders ungünstig liegen wieder die Verhältnisse auf dem weiblichen Arbeitsmarkt, der seit Wochen schon größeren Schwankungen ausgesetzt ist und eine wesentliche Entlastung nicht erfahren hat. Die Zahl der unterstützten Frauen sank nur von 38 398 auf 38 346 am 15. 6. 1929.

# Das Konfordat und seine Folgen

Ueber dieses Thema spricht in einer Versammlung der Freidenkopposition Gen. Peter Maslowski, M. d. R. am Freitag, dem 28. Juni 1929, 20 Uhr in den Annenstädten / Freie Aussprache

# Früh vorwärts!

Vom Arbeiterkorrespondenten J. U.

Früh vorwärts, Kampfgesossen,  
Nur nicht etwa verzagt,  
Wird auch noch Blut vergossen,  
Bald uns die Freiheit tagt.  
Wenn sie auch weiter wüten,  
Wie erst um 1. Mai.  
Es ist das letzte Wüten,  
Denn bald — bald ist's vorbei!  
Denn kurz vor seinem Ende,  
Ist grausam der Tyrann.  
Als wenn abwenden könnte,  
Was er nicht ändern kann.  
Drum vorwärts Kampfgesossen,  
Der Tag ist nicht mehr weit.  
Wird auch noch Blut vergossen,  
Doch bald sind wir befreit.

## Warum nicht Verlängerung der Straßenbahn Linie 21 bis Seidnitz?

Wieder einmal ist ein Sommerfahrplan in Kraft getreten. Alle Eingaben der Bewohner von Gruna und Seidnitz wegen Verlängerung der Linie 21 von Endhaltestelle „Güne Weide“ bis Winterberg, Kennbahnstraße sind unberücksichtigt gelassen worden. Durch Neubauverhältnisse sind Hunderte von Familien nach Gruna und Seidnitz gezogen. Nach Auskunft bei technischen Beamten der Straßenbahn beträgt die Fahrzeit bei technischen Beamten der Straßenbahntrasse nicht ganz 10 Minuten. Nur ein Wagen braucht eingeleitet zu werden bei der Linie 21. Die Gleise sind vorhanden und werden benutzt, allerdings nur an einigen Sonntagen — Herbe- und Kadrennen — im Jahre. Auf die herzu- und wechslige Bevölkerung in dieser Gegend wird keine Rücksicht genommen und Entgegenkommen von der Direktion der Straßenbahn gezeigt.

Die Benutzung und Rentabilität der Linie 21, verlängert bis Winterberg, Ecke Kennbahnstr., ist gewährleistet. Vielleicht befaßt sich der Verwaltungsrat der Straßenbahn nun endlich damit, und nicht nur das, sondern kommt dem berechtigten Wünsche der Anwohner nach. Oder sollen diese bis zur Einführung des Winterfahrplanes warten?

**Berunglückt und bestohlen.** Bei dem Straßenbahnunfall am 9. Juni auf der Linie 22 oberhalb der Bienermühle ist einer der Verletzten ein goldener Armbanduhr und eine braunlederne Kettenuhr gestohlen worden.

**Eindrud in ein Schuhwarengeschäft.** In der Nacht zum 26. Juni ist in das Schuhwarengeschäft Marxstraße 13 eingebrochen worden. Den Tätern sind verschiedene Herren- und Damenschuhe und Reifenschuhe im Gesamtwerte von 250 Mark in die Hände gefallen.

**Wenn Autos unbeaufsichtigt stehen bleiben.** Am 7. Juni 1929 zwischen 20 und 24.50 Uhr ist in der Nähe des Postplatzes aus dem unbewachten Kraftwagen eines Arztes ein kleiner Vulkanföhrer gestohlen worden. In dem Koffer befanden sich ärztliche Instrumente, Injektionsmittel, Jod, Serum und Verbandmaterial.

## Der Skandal des Leubener Arbeitshauses kommt vor das Schwurgericht

Auf der Anklagebank sitzen nicht die Direktion, sondern — die Zöglinge

Vorgestern sollte vor dem Schöffengericht der Prozeß gegen vier in der Leubener Arbeitsanstalt untergebrachte Zöglinge — die Direktion hat bis heute auf unsere Entschuldigungen und Anfragen geschwiegen!! — stattfinden. Nach kurzer Vernehmung der Angeklagten zur Person stellte das Gericht auf einmal fest, daß hier — es handelt sich um den angelegten Brand — schwere vorläufige Brandstiftung mit Menschengefährdung vorliegt. Das Gericht erklärte sich für nicht zuständig und überwies die Angelegenheit an das Schwurgericht. Es ist bezeichnend, daß das Gericht während der Verhandlung diese längst bekannte „Tatsache“ bemerkte. Im übrigen bedeutet die Ueberweisung, daß die Angeklagten mit schweren Strafen zu rechnen haben. Es gilt hier ungefähr dasselbe, was wir schon zu dem Prozeß AOK festgestellt haben. Wie die Zöglinge „lebt“. Sie sind durchweg nur wegen Lappalien, wie Landstreifen, Reitfelns oder Runderd (3 Tage Haft!) bestraft. Seit vielen Monaten — z. T. seit 1928! — sind sie in Leuben untergebracht. Wir kommen auf die Angelegenheit nochmals zurück.

## „Antwort zu dem Prozeß“ eines Sozialdemokraten

Am Montag berichtete die Dresdner Volkszeitung lakonisch über eigene Stellungnahme über den Prozeß gegen den Arbeiter Aloß. Wir haben zu dem unglaublich harten Urteil vorgestern kritisch Stellung genommen. Das tat — allerdings nachträglich — auch die Dresdner Volkszeitung. Aber das Entscheidende ist, wie sie es tut. Nachdem sie festgestellt, daß A. keine Sympathie verdient, erklärt sie, der böse § 215 ist Schuld, denn — die Geschworenen waren an das Strafmaß gebunden!! Gab es wirklich für die Geschworenen keinen Ausweg? Wir glauben, daß einer, die Verneinung der Schuldfrage, gemeldet wäre! Wäre das nicht richtiger gewesen, als einen Menschen 10 Jahre ins Zuchthaus zu schicken? Denn wir fragen, wird A. die 10 Jahre Zuchthaus (wer hat noch nichts von den deutschen Zuchthäusern gehört?) überleben? Und wenn, glaubt jemand, das A. dann gebessert ist? Wir finden für die Tat des Gerichts keine Entschuldigung — nur die — Dresdner Volkszeitung! Im übrigen: das StGB ist schlecht, es ist das Produkt der herrschenden Klasse. Aber ist das von Kahl, dem Deutschvolksparteiler, verfaßt und von den Sozialdemokraten protegierte besser? Trägt es nicht genau so den Stempel der herrschenden Klasse? Der Fall ist nicht genau ein Musterbeispiel dafür, daß es im kapitalistischen Staat keine Gerechtigkeit gibt, keine geben kann.

**Ein falscher Referendar,** der nur zufällig von einem richtigen Unterschieden wurde, als er einen Kreditbetrug begehen wollte, wurde jetzt in der Person des Händlers Karl Horn von hier zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Der schon mehrfach Vorbestrafte hat auch noch die Beurteilung in anderen Fällen zu erwarten.

## Versicherungsswindler am Wert

Ans verschiedenen Landesstellen wird neuerdings gemeldet, daß Swindler unter Angabe falscher Namen versuchen, Prämiengehälter von der Versicherung der W-Fürsorge zu erheben. Die Volksfürsorge macht die Versicherungen in ihrem eigenen Interesse ausdrücklich darauf aufmerksam, daß nur Empfangnahme von Prämien nur auftragtragende der zuständigen Rechnungsstellen der Volksfürsorge berechtigt sind, sofern sie die für jeden einzelnen Versicherungsbesitzer ausgestellt Prämienkarte, die die Versicherungsnummer und den Namen des Versicherten trägt, in Händen haben.

## Das Preußen-Konkordat

# Nach der Geheimhaltung — Irreführung

Das Preußen-Konkordat ist von Otto Braun und Kuntius Pacelli unterzeichnet worden. Sein Inhalt ist veröffentlicht. Seine Genehmigung durch die Koalitionsparteien des Preussischen Landtages ist sicher, zumal die Landtagsaktion der SPD beschlossen hat, ihre Zustimmung zu erteilen und zumal mit der evangelischen Kirche ebenfalls Konkordate Verhandlungen im Gange sind. Wie vor der Veröffentlichung des Konkordats Geheimdiplomatie betrieben wurde, so lebt eine systematische Irreführung der Arbeitermassen ein, besonders natürlich in der sozialdemokratischen Presse.

Sehen wir uns zunächst den Inhalt des Konkordats näher an. Breslau und Baderborn werden neben Köln Erzbistümer. Berlin und Aachen bekommen einen Bischof. Zu dem Zweck werden die Bischofsdomänen, d. h. nur die Mehrkosten für die neuen bischöflichen Verwaltungen, um etwa 23 Millionen erhöht. Die SPD-Preise, hierin natürlich Tapfer von der Zentrumspresse sekundiert, bringt tatsächlich den ungeheuren Schwund fertig, es so darzustellen, als ob diese Summe überhaupt die einzigen wären, die die katholische Kirche erhält. Dabei wird nicht nur mehr Geld versprochen, sondern es werden in dem Wortlaut des Konkordats auch ausdrücklich „Dienstwohnungen zu Diözesanzwecken dienenden Gebäude der Kirche als Eigentum überlassen. Jeder weiß, daß solche Baulichkeiten Millionenobjekte sind. Gerade die unbestimmte Fassung wird die Kirche veranlassen, alle möglichen zu Diözesanzwecken dienenden Mittel und Einrichtungen zu fordern. Die Bestimmung des Schlussprotokolls, wonach bei Änderungen in Zukunft entsprechend die Dotationen geändert werden sollen, gibt in dieser Richtung der Kirche genügend Mittel an die Hand. Dann stellt man es so dar, als ob diese 28 Millionen eine einmalige Abfindungssumme wäre. In Wirklichkeit wird diese Summe als jährliche Zahlung für alle Zeiten vertraglich festgelegt.

Wirklich entscheidend aber ist der Paragraph 3. Er heißt sehr ungeschicklich an, hat's aber in sich. Nach ihm soll „das Eigentum und andere Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen der katholischen Kirche an ihrem Vermögen nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reiches gewährleistet werden.“

Damit und durch die noch folgende Bestimmung, daß alle kirchlichen Zwecken dienenden Grundstücke der Kirche ohne weiteres überlassen werden, werden, ohne eine Zahl zu nennen, nicht Millionen, sondern Milliardenobjekte der Kirche garantiert.

Zunächst das Recht der Besteuerung, das 50 bis 60 Millionen Mark einbringt. Dann das Recht der Steuerfreiheit für die tote Hand der Kirche. Dann die jährlichen regelmäßigen Staatseinkünfte, die inklusive den verstaatlichten Kirchensubventionen im Jahre 1929 die Summe

übersteigt, in Händen haben. Als Quittung für die laufende Prämie dient in jedem Falle eine vorgegebene Quittungsmarkte für den Zeitabschnitt, für den die Prämie entrichtet wurde. Andere Quittungen, insbesondere handchriftlich ausgestellte, sind unzulässig. Ist der zuständige Einsatzer nicht im Besitze der ordnungsgemäßen Quittung, dann sind die Prämien der ordnungsgemäßen Stellenbüros der Volksfürsorge zu zahlen oder auf das Postkontokonto des Unternehmens zu überweisen.

## „Preiswerte“ Wohnungen bei der Gewobag

Ende des Jahres 1927 wurde eine „Gemeinnützige Wohnungsbau A.-G.“ (Gewobag) gegründet, zwecks Erstellung von billigen, preiswerten und gesunden Wohnungen. In Seidnitz, Gruna, Pieschen, Striesen usw. sollen 1.000 Wohnungen erbaut werden, davon sollen 1040 bis 70 Quadratmeter und 260 bis 90 Quadratmeter Wohnfläche haben. Am Wohnblock Seidnitz sind bereits Anfang dieses Jahres 276 Wohnungen bezogen. Was hat sich ergeben? Die Miete für eine 60 Quadratmeter große Wohnung beträgt pro Jahr 717 RM und wird wie folgt errechnet:

für jährliche Miete	540 RM
für Verzinsung, Abschreibung und Tilgung der Sammelheizung (!!!)	60 "
Vorauszahlung für Sammelheizung	81 "
Vorauszahlung f. Warmwasserheizung	36 "
<b>zusammen:</b>	<b>717 RM</b>

Die monatlich zu zahlende Miete beträgt demnach 59,75 RM. Der Quadratmeter Wohnfläche sollte nicht mehr wie 9 RM kosten. Die geforderte Summe für Verzinsung, Abschreibung und Tilgung der Sammelheizung ist eine verschleierte Mieterhöhung.

### Wie kommt der Mieter dazu, die Erhebungskosten der Heizanlage in dem geforderten Entschuldigungen?

In der Miete ist nicht die Benutzung des Waschküchens enthalten, dafür sind mit Maschine und Schleuder 4,50 RM, ohne diese Maschinen pro Stunde 50 Pf. zu zahlen. Ueber dem Waschküchens sind 12 Wohnungen eingebaut. Die Befestigung durch Dampf, Rauch, Maschinen ist so stark, daß die Direktion den betreffenden Mietern bereits einen Mietzuschlag von 7 bis 10 RM pro Monat gewährt hat, ja nach Ansicht der Direktion ist das Einbauen von Wohnungen in diese Haus ein großer Fehler des Architekten.

### Die Lage des Wohnblocks Seidnitz

In unmittelbarer Nähe der Gasanstalt Seiditz ist äußerst ungünstig. Tagelang können die Fenster nicht geöffnet werden, da Rauch und Gasbelastungen unerträglich sind. Das Schließen bei offenem Fenster für die Mieter ist unmöglich eben infolge dieser Belastungen. Die Mieter der Partierwohnungen müssen überdies, noch damit rechnen, daß nachts bei offenem Fenster Käfer herangekommen kommen. Die Forderung dieser Mieter, Fensterläden anzubringen, ist abgelehnt worden, da angeblich die architektonische Wirkung des Wohnblocks dadurch leide. Ueber die architektonische Gestaltung des Wohnblocks kann man überhaupt geteilter Meinung sein. Was nützt die noch nachträglich gebauten Laubengänge, wenn bei manchen Wohnungen Boden und Balken fehlt, wenn in manchen Räumen keine Feuerungsmöglichkeit besteht, weil die Esse zu rauh verfertigt wurde!! Bei nachkalten Tagen, wie sie dieses Jahr des öfteren zu verzeichnen sind, wurde nicht geheizt oder geheizt, weil es sich angeblich nicht lohnte, nur wenn das Thermometer drei Tage hintereinander minus 10 Grad Celsius anzeigt, wird geheizt. Das bedeutet, die Mieter können trotz Sammelheizung und den dafür zu entrichtenden Kosten sich nicht erwärmen. Bereits zu folgende Erkontungen, wie Luftentzündung, waren bis jetzt.

von 86 Millionen Mark für Kreuzen erreicht haben, von welcher Summe die katholische Kirche etwa 25 Millionen jährlich bezieht und lutherische Kirche etwa 10 Millionen. Die Quellen aus den Charitativem, vom Staat, außerdem noch mit Millionensummen subventionierten Einrichtungen, aus den Stiftungen, aus Verpachtung kirchlichen Grundbesitzes usw. Immer wieder muß daran erinnert werden, daß ja allein der Wert der Charitativemrichtungen in Deutschland auf 1,2 Milliarden Mark geschätzt wird.

Was wir Kommunisten alle immer bekämpft haben, daß es im Konkordat vor allen Dingen um die Erhaltung der Finanzen für die Kirche geht, ist eingetreten, wenn auch zugegeben werden muß, daß es der päpstlich-sozialdemokratischen Geheimdiplomatie gelungen ist, diesen finanziellen Kern im Konkordat durch den sehr raffiniert verfaßten Wortlaut des Vertrages für einen Nichteingeweihten ziemlich weitgehend zu verschleiern.

Darum ist jedem klar: Man braucht den Schwund von der Harmlosigkeit, und besonders die sozialdemokratische Arbeiteropposition gegen das Konkordat trotzjuchend.

Was nun die kulturpolitische Seite anbetrifft, so sind in der Tat solche weitgehenden Schulbestimmungen wie im bayerischen Konkordat diesmal nicht vorhanden. Aber sie haben ja mit Recht immer darauf hingewiesen, daß der Vatikan dumm gewesen wäre, wenn er keine Millionen-Ansprüche hätte an Schulbestimmungen scheitern lassen. Er könne ja auf Grund des Weimarer Schulkompromisses und des kommenden Reichsschulgesetzes auf der Basis dieses Kompromisses ohne weiteres erwarten, daß die Religion für 98 Prozent aller deutschen Schulen (sowie die Religion bleibe. Das bestätigt die von uns stets behauptete Nachfolgerweiterung des Papstes in der Frage der Bischöfe. Der sogenannte heilige Stuhl benennt drei Bischofskandidaten, aus deren Zahl das Domkapitel einen wählt und der preussische Staat zum Schluss fassen darf, ob der Gewählte ihm politisch genehm ist. Im Zusammenhang damit, daß auch Zöglinge päpstlicher Hochschulen hohe Kirchenämter in Deutschland bekleiden wollen, ist in Wirklichkeit das Alleinbestimmungsrecht des Papstes ziemlich eindeutig. Die Praxis beweist übrigens auch, daß alle in den letzten Jahren „gewählten“ Bischöfe durchweg in Rom ausgebildet wurden, und besonders päpstliche Vertrauensleute gewesen sind. Bei den katholischen Theologie- und Philosophie-Professuren an den Universitäten soll der Staat auch nur zu zahlen, aber kein Ernennungsrecht haben. Es genügt nach den Bestimmungen des Konkordats, wenn ein Bischof auch nur den Lebenswandel eines Universitätsprofessors annimmt, um den Staat zu verpflichten, für entsprechende Abhilfe zu sorgen. D. h. den betreffenden Professor zu maßregeln. Auch die kulturpolitische Seite zeigt ganz eindeutig eine allgemeine Erweiterung der Machtstellung der Kirche im Rahmen der allgemeinen Kulturreaktion. Je niger als zur imperialen Zeit früher erwacht in letztem Zeitalter des Imperialismus die Kirche und der kapitalistische Staat zu einer reaktionären Einheit gegen das Proletariat. Das ist unter schwarzgoldener Flagge geschickt, gerade das ist das besonders Gefährliche und der beste Beweis dafür, wie arbeitersindlich jede Koalitions-politik ist. Zurück zum Klassenkampf, fort mit dem ganzen religiös-sozialistischen Schwundel, eine einheitliche Klassenfront — das ist die Grundlage zur Bekämpfung des kulturfeindlichen, dem wertvollen Volke aber Millionen raubenden Preußenkonkordats. Peter Maslowski.

Am Freitag spricht Genosse Maslowski in einer öffentlichen Kundgebung gegen das Konkordat. Der vorstehende Aufsatz ist interessant genug, um als Agitationsbasis für die Vereinerung von unsern Genossen verwandt zu werden. Der Besuch der Maslowski-Versammlung kann nur angeraten werden. Die Redaktion.

**Die Sammelheizung**  
ist überhaupt ein Steinfeld der ganzen Anlage. Ganz seitens der Heizkörper vollständig heiß. — Gemächlich nur an der Stelle, der Röhrenmesser angebracht ist. Dadurch ist der Mieter benachteiligt insofern, da er den Heizverbrauch zu zahlen hat, das Zimmer aber nicht erwärmt ist, da nur ein Teil der Heizkörper funktioniert. Mit der

**Warmwasserheizung**  
daselbe. Diese steht an den Wochentagen nur von 7.30 bis 20 Uhr, an Sonn- u. Festtagen von 8—14 Uhr zur Verfügung. Ein Mieter, welcher in Schichtwechsel (Gas- Elektrizitätswerk, Bahn, Post u. a.) arbeitet, hat wohl eine Badeeinrichtung, aber kein warmes Wasser, wenn er nach dieser Zeit von Arbeit kommt!! Für den kleineren Küchengebrauch und zum Hände- und Gesichtswaschen muß erst das kalte Wasser, welches in der Leitung steht, abgelassen werden, auch hier ist der Mieter wieder stark benachteiligt, da alles „Warmwasser“ durch die Wasseruhr geht.

**Wie heute, nach beinahe vier Monaten wissen die Mieter noch nicht, was eine Einheit der Warmwasserheizung, ein Kubikmeter Warmwasser kosten wird!!!**

Diese Berechnung der „Gewobag“ wird wahrscheinlich dann mit sich bringen, daß verschiedene Mieter wegen der Unmöglichkeit, die geforderte Summe zahlen zu können, ausziehen. Mehrere Mieter (Kinderreiche) sind bereits wieder ausgezogen, da die geforderte Miete zu „prekär“ war. In den Wohnblock Seidnitz sind auch 4 Gewerbetreibende eingebaut. Die jetzt nach 3 Monaten „errechnete“ Miete geht weit über 100 Prozent des Romanplatzes hinaus. Für einen Quadratmeter werden 26—32 RM berechnet.

### Die Mieten

werden von dem Wohnungsamt (Bauabteilung) errechnet und festgelegt. Für Stempelkosten werden von den Mietern 8—12 RM gefordert (für den Mietvertrag). Der Hauptteil des Mietentwerts befindet sich in den Händen des Rates der Stadt Dresden. Nach spätestens 32 Jahren sollen die gesamten Grundstücke der „Gewobag“ in den Besitz der Stadt übergehen, nämlich dann, nachdem verschiedene „Kapitalgeber“ hohe Zinsen und Dividenden von den Mietern 32 Jahre lang geschuldet haben. Unter anderem stehen die Herren Stadtverordneten Köch (SPD) und Friedrich (SPD) mit in dem Ausschluß gegen eine Entschädigung von 6000 bis 8000 RM im Jahre!!! Daher auch 130 000 RM als Verwaltungskosten für die Wohnungen pro Jahr!!! Wie leicht „lassen sie sich einmal herab“ und stellen die obigen Mängel ab. Das ist allerdings ein Wunsch, der von ihnen nicht erfüllt werden wird. Das ist allerdings ein Wunsch, der von ihnen nicht erfüllt werden wird, was hinter solchen „Gemeinnützigkeit“ Gesellschaften steht, und diese mit dem Kapital zum Teufel jagt und proletarische „Dindende auszuflucht“, werden andere Verhältnisse Platz greifen.

Alle Mängel in der „Gewobag“ werden aufgezeigt werden. Mit Vorliegendem sei erst der Anfang gemacht. Die wohnungsuchenden Mieter werden sich nicht täuschen lassen von ideologischen färbten Artikel, wie sie von Zeit zu Zeit in der Dresdner Volkszeitung erscheinen und von gut entschädigten Ausschüßratsmitgliedern geschrieben werden.

# Aus Ostpreußen

**Freiberg.** (Leichenfund im Walde.) Gestern vor-... wurde von Bürgern im Rittergutswalde... bereits hat in Verweilung übergegangen...

**Nieße.** Verkehrsunfall. In der bekannten gefähr-... Kurve im benachbarten Seerheiden ereignete sich am Sonn-... abends ein schwerer Verkehrsunfall...

**Ebersbach.** Das Ende der Geschichte. Der 19 Jahre... alte Handlungsgeselle Kellwitz der bekanntlich mit 135 000 Kro-... durchgegraben und von München aus 100 000 Kronen zurück-...

**Königsbrück.** Die Stappenheugäste der alten säch-... sischen Armee in Königsbrück. Am Sonntag früh... Uhr trafen mehrere Hundertstücken des Stahlheeres aus Dres-...

# Summer hineingetanzt — in die Koalition

Heidenau räumt sich, in der Anzahl deutscher Gemeinden ein... sozialistisches rotes Gemeinwesen zu sein; deshalb, weil Leute... wie Drechsler gewichtig und vornehm einige Wächter erobert...

Am Freitag den 28. Juni findet im Saale des Gasthofes... zu Grabschlag eine außerordentliche Gruppenversammlung der... SPD Heidenau statt. Die Mitglieder unserer Partei, besonders...

Nach, daß die SPD-Mitglieder in diese Versammlung strö-... men werden. In hellen Scharen und in den Köpfen wird kein... schwache Nacht. Nach Arndts Rede wird sie sich freilich soweit...

Lang um das Schwarzgoldene Kalb, dem man sich da hingeht... — womit beiseite nicht Herr Arndt gemeint ist — der Tanz... um das Kalb der Koalitionspolitik, das auf die Interessen der...

**Die Volkszeitung entsetzt sich über Polizeistandal**  
Die tapferen Verteidiger des Jürgelbel-Blutbades, die in... der Redaktion der Volkszeitung sitzen, entsetzen sich über die Me-...

**Ein Polizeistandal**  
Das Münchner Landgericht I als Berufungsinstanz sprach... den 47jährigen Sicherheitskommissar bei der herrichten Schuh-...

Wie human doch die Volkszeitung ist. Vergessen wir aber... nicht, daß sie nicht die Toten der Berliner Maitage, sondern die... Wörder verteidigte. Aber in der Verteidigung sozialdemokrati-...

# Rot Front verboten — die „Leutchen“ rühren sich

nämlich in Kadebeul, dem Spiekerhainchen. Sie trafen sich am... Sonntagabend am Platz 1 vor der Oriskantentasse (den man... heinerzeit beinahe Platz der Republik genannt hätte). Stahl-...

Arbeiter! Augen auf! Was bedeutet dieser jechige Aufmarsch... der Rutzparatisten? Seit wann lassen sich diese Brüder auf ein-...

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß der... „Illustrierte Beobachter“ sowohl, als auch die Parteilitung... ihre offiziellen Bilder durch eigene Spezialfotografen her-...

Die Arbeiterfotografen werden trotzdem Gelegenheit finden... für die illustrierte Presse der Arbeiterschaft Bilder zu machen... den Aufmarsch der Rotfronten im richtigen Lichte zeigen.



„Die sozialdemokratischen Geschäftemacher und das Finanzkapital“  
Ueber diese interessante Frage bringt die Monatschrift Der... rote Aufbau laufend Beiträge. In allen Einzelheiten zum Preise...

# Scheut man die Blamage?

Im Volkischen Beobachter, dem Organ der Nazis, finden wir... folgenden Aufsatz an die Manner Hitlers:

**Aufsatz 7 der Geschäftsführung**  
Die Herstellung von Lichtbildern bei den offiziellen Ver-... anlassungen des Nürnberger Reichsparteitages durch Foto-Be-...

# Kulturhäuser in Leningrad

Obwohl selbst der bürgerliche Berichterstatter gezwungen ist... die objektiven Erfolge des russischen Proletariats auf allen Ge-...

Wie wollen auf diese, dem Kautsky widerige Lüge mit ein-... fachen Tatsachenbericht über die kulturelle Arbeit in Russland...

Das Kulturhaus im W i b o r g e r Bezirk besitzt eine Biblio-... thek mit einem vorzüglichen alphabetischen Katalog und einer...

Räume die sogenannten Ruhezimmer. Sie sind mit Postermöbel... ausgestattet. In diese Zimmer ziehen sich gemütlich die älteren...

Die überwiegende Mehrzahl der Besucher dieser Kulturhäuser... sind Jugendliche, die nicht diese Zimmer, sondern die Räume der...

Die Kulturhäuser in Leningrad finden auch große und gute... Theateraufführungen statt. Namentlich werden nach den Vor-...

Die W 3 im neuen Gewand ist erschienen und wieder... nur zu empfehlen. Aus dem Inhalt: Fröhliche Sportlerinnen...

fallter des „Schweil“. Die neue Kinderrede der W 3 mit Biech-... listen. Moskauer Kindertheater. Vom Arbeiterport. Bilder...

**Freitag den 28. Juni**  
Tageskalender der Dresdner Theater. Opernhaus: Madame... (19.30). Schauspielhaus: Ariadne auf Naxos (19.30).

## AM KOPFHÖRER

**Donnerstag den 27. Juni**  
16.30: Konzert. 18.05: Steuernachweis. 18.20: Spanisch für... Fortgeschrittene. 18.55: Arbeitsnachweis. 19: Cornelius Gel-...

**Freitag den 28. Juni**  
16.30: Konzert. 18.05: Laboro kaj Ideoj de D-ro Zamenhof... (Esperanto). 18.20: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18.30:

# Arbeiterport

## Sozialdemokraten und Sport

Im Etat des preussischen Wohlfahrtsministeriums befindet sich im Kapitel 230 (Allgemeine Wohlfahrt) ein besonderer Titel 61 "Förderung der Leibesübungen". Dieser wurde für das Etatsjahr 1929 gegenüber früheren Jahren auf die erhöhte Summe von 1,5 Millionen Mark angelegt. Anträge der Kommunisten, diese Summe auf 3 Millionen Mark zu erhöhen und die Erhöhung von 1,5 Millionen ausschließlich den Arbeiterportlern zum Ausbau ihrer Liegeplätze sowie ihrer Einrichtungen zur sportlichen Überwachung ihrer Mitglieder zur Verfügung zu stellen, wurden mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie abgelehnt. Die Sozialdemokraten nehmen überhaupt davon Abstand, Anträge auf Unterstreichung des Arbeiterports zu stellen. Sie begünstigen sich mit einem Antrag für den Titel "Leibesübungen" die übliche 10prozentige Kürzung in den Etat zu lassen.

Das war bei der zweiten Lesung des Etats. Bei der dritten Lesung im preussischen Landtag warteten die Sozialdemokraten mit dem Zentrum, der demokratischen Fraktion, der Wirtschaftspartei und der deutschen Fraktion mit folgendem "Abänderungsantrag" auf: ... von der Titelsumme von 1.500.000 Mark abzulegen 500.000 Mark, also zu bewilligen 1.000.000 Mark.

Dieser Abänderungsantrag ist kennzeichnend für die Politik der Sozialdemokraten. Abbau der Sozialausgaben, Stärkung des Polizei- und Justizapparates des Staates des Trübsittels. Darin sind sie sich einig mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien. Dabei kann natürlich keine Stellungnahme für den Arbeiterport sein. Die Arbeiterportorganisationen sollen der Sozialdemokratie nur Rekrutierungsgebiete zur Unterstützung ihrer Politik, zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sein. Mit dieser Politik der Sozialdemokratie gehen die reformistischen Sportführer durch und dünken. Für Reformen weisen sie die Massentraktion des Arbeiterports über Bord, tun sie alles, die Organisation für die Koalitionspolitik gefügig zu machen, werfen alles hinaus, was sich der Auslieferung der Organisationen an die Politik der Sozialdemokratie entgegenstellt.

Die Haltung der Sozialdemokratie im preussischen Landtag ist keine Ausnahme. Sie ist überall in den Parlamenten die gleiche. Und diese Haltung verteidigen die reformistischen Sportführer. Nur weiter so. Um so mehr lernen auch die als "Bundesportfunktionäre" bezeichneten Arbeiterportler erkennen, daß der Kampf der ausgeschlossenen Opposition gegen die Politik der Sportführer zur Unterstützung der Gemeinschaft der Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen richtig und notwendig war und ist.

## Aus Organisationen und Vereinen

1. Gruppe. Sonnabend den 29. Juni um 20 Uhr in der Turnhalle Kammersport: Jubiläumsspiel der Mannschaften aller Vereine der 4. Gruppe.

Tanz- und Sportverein Frick auf Cammerode. Freitag den 28. Juni: Jubiläumsspiel aller Mannschaften in der Turnhalle. Fahrgeld haben die Teilnehmer zu zahlen, da kein Sportplatzbesitzer. — Dienstag den 2. Juli um 20 Uhr in der Turnhalle: Turnfest.

2. Gruppe. 2. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

3. Gruppe. 3. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

Naturfreunde Neustadt. Alle Neustädter Naturfreunde treffen sich 10,15 Uhr auf dem Bahnhofsplatz zur Rundfahrt.

Naturfreunde Heidenau-Neubau. Es ist Pflicht, am 29. und 30. Juni am Gekochten in Heidenau teilzunehmen. Wercht auch in den Reihen der Naturfreunde. Die Fahrt Sonntag den 30. Juni um 8,00 Uhr von Heidenau-Neubau bis Dresden (1921).

1. Gruppe. 1. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

2. Gruppe. 2. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

3. Gruppe. 3. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

4. Gruppe. 4. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

5. Gruppe. 5. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

6. Gruppe. 6. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

7. Gruppe. 7. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

8. Gruppe. 8. Gruppe. Sonntag den 30. Juni: Familienausflug aller Mannschaften (auch der Kinderabteilung) mit Verköstigung und dem Gekochten auf den See bei Kammersport. (Treffpunkt: Kammersport, Frickstraße, Kammersport und andere Bezeichnungen. Alle Vereine haben für sich selbst die Teilnahme zu tragen. Abreise um 10,30 Uhr vom Sportplatz Kammersport.)

## Betriebsräte-Sprechstunde

Die Redaktion der Arbeiterstimme hat jetzt eine regelmäßige Sprechstunde für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen eingerichtet. Die Sprechstunde wird jeden Mittwoch von 5 bis 6 Uhr in den Räumen der Arbeiterstimme, Güterbahnhofstraße 2, abgehalten.

## Sprechstunden der Redaktion

Dem dringenden Bedürfnis unserer Leser entsprechend, über alle Fragen Auskunft zu erhalten, haben sich Redaktion und Verlag entschlossen, ab 1. Juli regelmäßig folgende Sprechstunden einzuführen:

Jeden Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Jeden Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen.

Jeden Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde. Die Sprechstunden finden in den Räumen der Redaktion der Arbeiterstimme, Güterbahnhofstraße 2, statt. Jede Auskunft wird unentgeltlich erteilt.

## Verfammlungsolender

- Kommunistische Partei**  
Freitag den 28. Juni  
Freitag den 28. Juni  
Freitag den 28. Juni
- Rote Hilfe**  
Freitag den 28. Juni  
Freitag den 28. Juni  
Freitag den 28. Juni
- Bund proletarischer Frauen**  
Freitag den 28. Juni  
Freitag den 28. Juni  
Freitag den 28. Juni
- Internationale Arbeiterhilfe**  
Donnerstag den 27. Juni  
Donnerstag den 27. Juni  
Donnerstag den 27. Juni

Wegen Augen kann zu Stein, wets Aug Du zufrieden sein  
**H. STEIN**, staatlich gepr. Optiker  
Pirna, Breite Straße 31 / Tel. 133  
Lieferant sämtlicher Krankenkassen  
Mäßige Preise  
Fahr-, Motorräder-, Nähmaschinen-, Grammophon-, Handlung, sowie Reparaturwerkstatt  
Alfred Schuhmann, Birkwitz 39c

**Wilhelm Baegge, Pirna**  
empfehltes  
**Zigarren/Tabake**  
Alle Lebensmittel  
Feine Herren- und Damen-Maßschneiderei  
Garantiert für tadelloser Schnitt und gute Verarbeitung  
Robert Schneider, Louis, Königstraße 10, 19

**Kohlen und Brikette**  
sowie Milchhandel. Ein gültige Unterstutzung bietet Otto Hippo, Neu-Graupa  
Bierhandlung  
**Paul Müller, Copitz**  
Leglerstraße 6, Tel. 652

**Lebensmittel**  
Tabake \* Zigarren  
gut und billig  
Hauwald, Pirna, Markt  
**Steppdecken!**  
Ewald Kluge, Pirna, Lange Straße 17

Sämtliche artbekanntes  
**Biere**  
Belort von Haus und Kantine  
**Kurt Noack**  
PIRNA  
Dohnalecher Platz

**H** Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen **H**

<b>Radeberg</b>	<b>Dippoldiswalde</b>	<b>Dresden-Leuben</b>
<b>Bahnhofs-Apotheke</b> Güterbahnstr. 3 — Fernspr. 801 874	<b>Wobethaus und Werkstätte</b> Duo Thomas, Oberstraße 10 1429	<b>Hubert Vollmer</b> Inh.: Hedwig Vollmer, Düsselstraße 67 451 <b>Schreib-, Papierwaren</b>
<b>Fahrräder / Nähmaschinen</b> Sorensenstraße 6 146	<b>Radeberger Tischlerei</b> E. Dautner Berggasse 6 871	<b>Lebensmittelgeschäft</b> Arthur Lange, Königs-Allee 40 450
<b>Kaufhaus Wernicke</b> Röderstraße 1 Bekannt beste Bezugsquelle 873	<b>Kolonial- und Grünwaren</b> Ernst Schleising Stoipener Straße 23 1648	<b>Friedrich Kleemann</b> Zigarren, Papierwaren / Pilsener Lagerbier 452
<b>Schuhhaus Winkler</b> gegenüber der Post 557	<b>Lebensmittel, Spez.: Kaffee</b> Selb. Brenner Oberstraße 34 867	<b>Kolonial- u. Warstwaren sowie div. Obstweine, Hermann Mätzig, Dresden-483</b> Leubner, Pirna Landstraße 150
<b>Radeberger Seitentabrik</b> Ernst Gärtner & Sohn Inh.: Hans Hempel — Markt 4 875	<b>Warenhaus Ikenberg</b> Hauptstraße 34 889	<b>Herren- und Damenfrisieralon, Parfümerien, Dresden-Leubner, Pirna Landstraße 133</b> 454 Spez. Subkopf-Pflüge
<b>Mech. Schuhreparatur, Lederverkauf</b> M. Morbitz, Bahnhofsstraße 20 888	<b>Brot- und Weißbäckerei</b> H. Scheinig Berggasse 23 860	<b>Walter Kreisohmer / Holz, Kohlen, Expedition / Altkubus 6</b> 455
<b>Lebensmittel, Georg Zschleschack</b> Stoipener Straße 9 876	<b>Textil-Wagner</b> Hauptstraße 16 858	<b>Uhrmacher Max Klopfer</b> Eismeer Landstraße 112 1600
<b>Fleisch- und Wurstwaren</b> H. Schiffer, Dresdner Straße 22 856	<b>Modenhans Karl Schulze</b> Radeberg 884	<b>Oberoderwitz</b>
<b>Brot- und Weißbäckerei</b> Karl Schickel, Dresdner Straße 23 855	<b>Ottendorf-Ohrnitz</b>	<b>Grünwaren - Kreuzbinderer</b> Paul Meinel, Hauptstraße 1472
<b>Konfektionshaus</b> Rudolf Lederer Hauptstraße 45 802	<b>Zum Schwarzen Roß</b> Schiffelgasse 11 Jeden Sonntag Teatralische Vorführungen 1110	<b>Niederlage von Eisener Dieren und 2000er Eisenwaren</b> Ernst Rippenhauer, Hauptstraße 312 1478
<b>Musikhaus Willy Wernicke</b> Hauptstraße 40 807	<b>Eugen Martin</b> Dresdner Straße 7, besonders billig in Textilwaren und Inkolagen 1609	<b>Gas- u. Wasser-Installation, Emaille-, Glas- und Porzellanwaren</b> Richard Fuchs, Hauptstr. 301 1474
<b>Drogerie und Fotohandlung</b> Wigand Heine Fernruf 1272 Oberstraße 2 806	<b>Otto Frohmann</b> Mühle und Bäckerei 1111	<b>Salzerei und Polsterwerkstatt / Hermann Herbat, Hauptstr. 386 / Linoleum Uerker, Leubner, Kleppstraße, Rohrstraße 1476</b>
	<b>Jahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechmaschinen, Platten</b> H. Meisinger, Mühlenstraße 13 1112	<b>Cosschaude</b>
	<b>Konfektion, Schnitt- und Wollwaren</b> Richard Jentich, Bergstraße 2 1109	<b>Karl Thomas</b> am Bahnhof <b>Holz- u. Kohlenhandlung</b> 1012
	<b>Getriebe und Demontagen</b> Jans Groß, Werthstraße 12 1108	<b>Wettin-Apotheke</b> Cosschaude <b>E. Horn</b> Heinrichstraße 22, Fernsprecher 141 350
		<b>William Neife, Dresdner Str. 19</b> Textilwaren 354
		<b>Lesli des Arbeiterslimms</b>



# Unser großer Ferien-Verkauf

beginnt am

## Freitag, den 28. Juni

vormittags 9 Uhr

Wir bieten Ihnen mit dieser **Sonderverkaufs-Veranstaltung** unerhörte Vorteile, so daß Ihren Wünschen bezüglich Auswahl, Preis und Qualität in vollendeter Weise Rechnung getragen wird.

Beachten Sie unsere Preisangebote in der Freitag-Ausgabe dieser Zeitung!

# HERMANN TIETZ

Das Warenhaus am Postplatz

Proletar. Musik-Vereinigung  
Dresden-Friedrichstadt

veranstaltet am Sonntag,  
dem 30. Juni, im Milchgarten  
Magdeburger Straße

## Sommerfest

Stellen 13.30 Uhr Freiburger  
Platz mit Kapelle

Verkehrslokal der Arbeiter  
**Zum Onkel Willy**

Rudolfstraße 13  
Kegelbahn Gartencorridor

Restaurant Stadt Dresden  
Niedersedlitz

Morgen Freitag Schlachtfest  
Es laden ein Paul Kretschmer und Frau

Rest. Jagdschloß Rumburg

Täglich Konzert und Tanz

Für sorgfältige  
und saubere **Haarpflege**  
für Damen und Herren sowie für langen  
Haar- und Kinderhaarschnitte empfiehlt sich  
**Kurt Seifert, Pirna, Schloßstr. 5**  
Damen- und Herrensalon

**Herrensalon**

sorgfältige und saubere Bedienung, empfiehlt  
Otto Müller, Seifeur, Pirna, Schmiedestr.

Deutscher Arbeitersängerbund  
Bezirk Pirna und Umgebung

Sonnabend, den 29. und Sonntag, den 30. Juni 1929, in Heidenau  
**Bezirks-Sängerfest**

36 Vereine mit 2000 aktiven Mitgliedern / Sonnabend zwei  
Konzerte im „Schützenhaus“ und „Deutschen Haus“ / Aus-  
führende: 12 Vereine aus dem Bezirk Pirna / Beginn 20 Uhr  
Eintritt 60 Pf. / Sonntagnachmittag im Stadion (Freilichtbühne)

**Konzert: Gruppen- u. Bezirksmassenchöre**  
Beginn 15 Uhr / Eintritt 60 Pf. / Es ladet freundlichst ein  
**Der Festausschuß**

Für  
**Reise  
Sport  
und  
Volksfeste**  
kaufen Sie  
**Gehuhe**

in schönen, modernen Farben,  
verschiedenen Ausführungen,  
guten Qualitäten zu niedrigen  
Preisen und großer Aus-  
wahl bei

**Albin Klieber**  
Grundlags Nachfolger  
Schuhlager  
Pirna, Lange Straße 2

Feinstes Tafelöl  
Pfund 65 Pf.

Cocosfett  
Pfund 55 Pf.

6 Prozent Rabatt

**Carl Bauch**  
Pirna, Reitbahnstraße 2

**Reisekoffer  
Lederwaren**

**Friedr. Leinitz**  
Pirna, Jacobstraße 5

**Auto-Fahrschule  
Bieberstein**

Pirna: Dohnascher Platz 8  
Pirna-Copitz: Bährs Hotel

**Schuhbesohlung**

Herren 4.00 Mark, Damen 3.00 Mark, nur bei  
**Großschuhreparatur Ago**  
Pirna, Weissenhausstraße Nr. 14

Ausführung aller Bautischler- und  
Stoßerarbeiten / Wohnungseinrich-  
tungen und Einzeilmöbel jeder Art  
**Karl Thiele, Tischlermstr.**  
Pirna-Copitz, Lohmeyer Straße 4

**Das Fahrgeld nach Dresden**  
können Sie sich sparen!  
Reell und sehr preiswert:  
Lederjacken / Anzüge / Mäntel / Sport-  
Bekleidung / fl. Wäsche / Gardinen  
**Rich. Rußig, Pirna**  
Braustraße 11 - Telefon 562

**Fahrräder / Mäntel / Schläuche**  
und sämtlichen Ersatz und Zubehör  
**Rücklichter**  
Sprechapparate / Schallplatten  
Nähmaschinen  
empfehlen auch gegen Teilzahlung

**Kaiserhof-Garagen**  
Pirna, Gartenstraße 11 (Hofgebäude)

**Holz- u. Kohlen-  
Handlung**  
Pionier-Kaserne  
Um göttliche Unterstützung bittet  
Albert Hartwig, Pirna

**Rauch-, Kau- und Schnupftabak**  
Zigaretten und Zigaretten  
kauft man gut und billig im

**Spezial-Geschäft G. Rugler**  
Pirna, Lange Str. 35 / Gegenüber Dürmer Metzgerei

**E.M. Schmidt  
Meißen**  
Burgstraße 21, Postplatz 5  
Hausrat  
Porzellan  
Glas  
Spielwaren  
Sportartikel  
Günstige Preise!

**Ein-u.Verkauf**  
Kleiderschrank, Bücher-  
schrank, Vertikal, Bett-  
sofa, Gaaiselone, etc.  
Schreibtisch, Tische, Stühle,  
Spiegel, Küchenschrank,  
Küchen-einrichtung, Bettel-  
mit Matr., Federbetten etc.

Wodtke, Palmstr. 31, pl.  
Eventuell Teilzahlung

**Drogerie  
und  
Photohaus**  
am  
Kronprinzenplatz  
Dresden-Löbtau  
Gut und billig

**Besitzt Du  
schon  
den neuen  
Liebknecht?**  
Das Fremd-  
wörterbuch des  
Arbeiters  
neu erschienen  
und erhältlich  
in der

**Arbeiter-  
Buchhandlung**

Viktoriastraße 21

Alle Arten bedruckter  
und laminiertes  
**Möbel**  
Möbelhaus  
H. Bern. Hennicke  
Pirna, Lange Str. 35